



II-2888 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR JUSTIZ

7087/1-Pr 1/91

1126 IAB

1991 -07- 15

zu 1106 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 1106/J-NR/1991

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Guggenberger und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage, betreffend die Voraussetzungen einer effizienten Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität durch die Staatsanwaltschaften, gerichtet und folgende Fragen gestellt:

- "1. Welche Maßnahmen organisatorischer Natur wurden jeweils im Bereich der einzelnen Staatsanwaltschaften in Österreich in den letzten Jahren getroffen, um eine möglichst erfolgreiche Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu ermöglichen?
2. Warum wurde nur im Bereich der Staatsanwaltschaft Wien eine eigene Sondergruppe für Wirtschafts- und Umweltdelikte eingeführt?
3. Welche Fortbildungsmaßnahmen wurden in den letzten Jahren für Staatsanwälte gesetzt, um eine bessere Bekämpfung dieser Kriminalitätsform zu erreichen?
4. Sind Sie der Meinung, daß diese gesetzten organisatorischen und fortbildungsmäßigen Maßnahmen ausreichend sind?
5. Wenn nein: welche Schritte gedenken Sie zu setzen, um in diesem Bereich weitere Verbesserungen in die Wege zu leiten?

- 2 -

6. Wenn Sie Frage vier mit "ja" beantworteten: sind Sie nicht der Meinung, daß diese Form der Kriminalität nach wie vor unterschätzt wird und aus diesem Grunde nicht die optimalen Voraussetzungen für eine effiziente Bekämpfung dieser Kriminalitätsform geschaffen werden?"

Ich beantworte diese Fragen wie folgt:

Zu 1 und 2:

Gemäß § 4 Abs 1 DV-StAG haben die Behördenleiter zum Zwecke der Verteilung der staatsanwaltschaftlichen Geschäfte Referate zu bilden, denen bestimmte Tätigkeitsbereiche zugewiesen werden. § 4 Abs 3 DV-StAG sieht in diesem Zusammenhang vor, daß unter anderem auch die Geschäfte der Wirtschaftsstrafsachen einem Staatsanwalt, bei großem Umfang der Geschäfte mehreren Staatsanwälten übertragen werden.

Eine Sondergruppe für Wirtschaftsstrafsachen wurde deshalb zunächst bei der Staatsanwaltschaft Wien eingerichtet, weil auf Grund des einschlägigen Geschäftsanfalls gerade bei dieser Staatsanwaltschaft ein besonderes Bedürfnis nach einer Spezialisierung der Referenten für derartige Strafsachen bestand und darüber hinaus auch die personelle Ausstattung dieser Anklagebehörde die Bildung einer derartigen Gruppe zuließ.

Mit 1. Jänner 1987 wurde auch bei der Staatsanwaltschaft Linz eine Sondergruppe für Wirtschaftsstrafsachen gebildet. Bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck werden bereits seit 1. Juni 1978 die Wirtschaftsstrafsachen in einem eigens hiefür geschaffenen Sonderreferat bearbeitet.

- 3 -

Bei den übrigen Staatsanwaltschaften werden organisatorische Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität von den einzelnen Behördenleitern jeweils dann gesetzt, wenn einschlägige Strafsachen größeren Umfangs oder besonderer Schwierigkeit anfallen, welche die Zuteilung an einen - von anderen Arbeiten zu entlastenden - Referenten erforderlich machen. Dadurch ist gewährleistet, daß auch bei Staatsanwaltschaften, die auf Grund ihrer Personalstruktur die dauernde Bestellung von Sonderreferenten für Wirtschaftsstrafsachen nicht zulassen, einschlägige Verfahren möglichst rasch und zielstrebig bearbeitet werden. Auf Grund der geschilderten Vorgangsweise war es etwa möglich, im Bereich der Staatsanwaltschaft Eisenstadt den umfangreichen und komplizierten "WBO-Komplex" und bei den Staatsanwaltschaften Eisenstadt und Krems an der Donau die umfangreichen Strafverfahren im Zusammenhang mit dem sogenannten "Weinskandal" zu bewältigen.

Für Umweltstrafsachen ist bei der Staatsanwaltschaft Wien ein eigener Referent zuständig. Ein Sonderreferat für Umweltstrafsachen besteht ferner bei den Staatsanwaltschaften Eisenstadt, Krems an der Donau, St. Pölten, Graz, Klagenfurt, Linz, Wels, Innsbruck und Feldkirch.

Abgesehen von den im Wirkungsbereich der Leitenden Staatsanwälte gesetzten organisatorischen Maßnahmen ist auf Grund der gemäß § 8 StAG zu erstattenden Berichte in Einzelstrafsachen sowie zufolge der diesbezüglichen Abschnitte in den jährlichen Wahrnehmungsberichten gemäß § 10 Abs 4 StAG die Grundlage dafür gegeben, die Notwendigkeit allfälliger weiterer organisatorischer Maßnahmen zu erkennen und erforderlichenfalls zweckentsprechend vorzugehen.

- 4 -

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch noch die ständige Zuteilung dreier Bediensteter der Finanzverwaltung zur Staatsanwaltschaft Wien zu deren Unterstützung in Wirtschaftsstrafsachen.

Zu 3:

Die bessere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität bildete in den letzten Jahren bereits wiederholt Tagungsthema verschiedener Fortbildungsveranstaltungen der Justiz.

So wurden insbesondere zwei Richterwochen zu diesem Themenkreis veranstaltet, nämlich die Richterwoche 1982 unter dem Titel "Probleme der Wirtschaftskriminalität" und die Richterwoche 1984 unter dem Titel "Probleme der Korruptionsbekämpfung". Im Jahre 1983 hat das Bundesministerium für Justiz eine Enquête zum Thema "Wirtschaftskriminalität und Korruption" in Wien veranstaltet. Von 1985 bis 1988 veranstaltete das Bildungswerk der Industrie (BWI) eine Seminarreihe für Richter und Staatsanwälte zum Themenkreis "Probleme der Betriebswirtschaft und der Volkswirtschaft".

Die Oberstaatsanwaltschaft Wien hat in der Vergangenheit dreimal Fortbildungsseminare zu Themen der Wirtschaftskriminalität veranstaltet. Im Sprengel der Oberstaatsanwaltschaft Graz wurden in den letzten Jahren mehrere Seminare des Kärntner Institutes für Gesellschaftspolitik durchgeführt, in deren Rahmen unter anderem Fachreferate über Computerkriminalität abgehalten wurden. Im Sprengel der Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck waren die "Bezauer Tage" 1981 dem Thema "Wirtschaftsstrafrecht" und die "Bezauer Tage" 1987 dem Thema "Wirtschaft und Recht" gewidmet. Ein Kriminalistik-Seminar der Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck im Jahr 1984 behandelte "Probleme der

- 5 -

Wirtschaftskriminalität". Desgleichen befaßte sich ein im Mai 1984 vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes Innsbruck im Zusammenwirken mit der Tiroler Volkswirtschaftlichen Gesellschaft veranstaltetes Seminar für Richter, Staatsanwälte, Richteramtsanwärter und Rechtspraktikanten mit Fragen der Wirtschaftskriminalität.

Zu 4 bis 6:

Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht, daß ich dem Aus- und Fortbildungswesen im Bereich der Justiz einen besonderen Stellenwert zumesse und verstärkte Bemühungen auf diesem Gebiet für erforderlich halte. Insbesondere teile ich die in der Anfrage zum Ausdruck kommende Auffassung, daß Fortbildungsmaßnahmen für Staatsanwälte einen wichtigen Beitrag zur effizienten Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität bilden.

Ich habe daher im Frühjahr dieses Jahres – nach Gesprächen mit dem Leiter der Wirtschaftsgruppe der Staatsanwaltschaft Wien – der Oberstaatsanwaltschaft Wien, in deren Sprengel der Schwerpunkt der Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen in Österreich liegt, den Auftrag erteilt, beginnend im Herbst dieses Jahres eine Fortbildungsreihe auf diesem Gebiet zu veranstalten. Themenschwerpunkte sollen dabei Bank-, Versicherungs-, Vergabe- und Subventionswesen, Exportförderung, Kapitalanlagen und Börsengeschäft sowie Fragen der Unternehmenssanierung und der Buchhaltung sein. Nach Vorliegen der Erfahrungen mit diesen Seminaren wird geprüft werden, ob und in welcher Weise Veranstaltungen dieser Art auch in anderen Oberstaatsanwaltschaftssprengeln durchgeführt werden können.

Des weiteren habe ich nach Gesprächen mit Vertretern der Vereinigung der Österreichischen Industriellen veranlaßt,

- 6 -

daß die zu 3 angeführte Seminarreihe über Fragen der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft wieder aufgenommen wird. Das Bildungswerk der Industrie wird daher vom 28. bis 31.10.1991 ein Grundlagenseminar für Richter und Staatsanwälte veranstalten.

Schließlich wird auch die Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck im Herbst dieses Jahres ein Seminar für Richter und Staatsanwälte zum Thema "Wirtschaft und Recht" veranstalten, in dessen Rahmen Fragen der Wirtschaftskriminalität behandelt werden sollen.

11. Juli 1991

Hans-Joachim Weiß